

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

das Urteil gegen Uli Hoeneß wurde lange und mit Spannung erwartet. Nun muss der ehemalige Präsident des FC Bayern ins Gefängnis, auch wenn ihm viele Fans weiterhin die Treue halten dürften. Eines aber ist deutlich geworden: Frechheit lohnt sich nicht.

Was hat das mit sächsischer Landespolitik zu tun? Der Fall Uli Hoeneß, der leider nicht so einzigartig ist, wie man vermuten möchte, setzt eine wichtige Frage auf die Tagesordnung: Wollen wir weiterhin akzeptieren, dass millionenschwere Steuerbetrüger per Selbstanzeige ihr Heil in der Flucht suchen können? Der Grundsatz, wonach vor dem Gesetz alle gleich sind, gerät in Gefahr, denn Steuerhinterziehung ist eben kein Kavaliersdelikt. Ob unser Gemeinwesen funktioniert, hängt ganz erheblich davon ab, ob alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu seiner Finanzierung beitragen. Jeder Euro, den wir an Steuern zahlen, kommt uns indirekt wieder zugute: Etwa wenn wir unsere Kinder zur Schule schicken, Straßen befahren, das Theater besuchen, in Wäldern und Parks spazieren, die Straßenbahn nutzen. Das alles und vieles mehr ist nur möglich, wenn alle mithelfen. Wer das verweigert, gefährdet den sozialen Frieden.

Mit Diskussionen zur Kinder- und Jugendhilfe und Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum hat die Fraktion DIE LINKE übrigens auch beim Märzplenum gezeigt, dass sie für sozialen Zusammenhalt einsteht. Nicht durch Gerichtsurteile und Strafzahlungen soll das Gemeinwesen bekommen, was ihm zusteht, sondern durch vorausschauende Politik.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Hilfe für die Jugendhilfe

Die CDU regiert den Freistaat seit nahezu einem Vierteljahrhundert. Ihre Dominanz zeigt sich auf allen Ebenen. So gehören auch alle sächsischen Landräte dieser Partei an. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Köpfe der zehn Landkreise die Staatsregierung nun einhellig für deren Kinder- und Jugendpolitik kritisiert haben. Gemeinsam legten sie im November 2013 ein jugendpolitisches Positionspapier vor, über das im März in Vorbereitung auf den Doppelhaushalt 2015/2016 verhandelt wurde. Konkret bemängeln die CDU-Landräte, dass der Freistaat die Kommunen bei der Kinder- und Jugendhilfe im Stich lässt, obwohl das Land gemäß § 82 SGB VIII dazu verpflichtet ist, „auf einen gleichmäßigen Ausbau der Angebote hinzuwirken“. Dazu zählen Leistungen, die öffentliche und freie Träger für junge Menschen und Familien erbringen, also etwa Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz, Familienberatung sowie die Kindertagesbetreuung. Für die Schule, die eindeutig in die Verantwortung des Kultusministeriums fällt, konstatieren die Landräte gar, es bedürfe „dringender Verbesserungen im Schulsystem, insbesondere ausreichende[r] personelle[r] und qualitativ bedarfsdeckende[r] Ressourcen, damit das System Schule wieder aus sich heraus fähig ist, Schullaufbahnen auch verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher erfolgreich zum Abschluss zu bringen.“ Weil auch die Fraktion DIE LINKE die mangelhafte Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe seit langem kritisiert, beantragte sie eine Aktuelle Debatte zum Thema „Hilfe für die Jugendhilfe! Verantwortung der Sächsischen Staatsregierung bei der

Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen“. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe müssten sich dem Gesetz nach an alle Kinder und Jugendlichen richten und dürften nicht nur „Feuerwehr“ spielen, wenn es zu spät sei, so **Annekatrien Klepsch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE**. Die Jugendpauschale, mit der Sachsen die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unterstützt, wurde im Jahr 2010 um ein Drittel gekürzt und bei 10,3 Mio. Euro eingefroren. Das setzt die Landkreise bis heute erheblich unter Druck und hat zur Kürzung und Schließung von Angeboten geführt. Auch die Betriebskosten der Kindertagesstätten steigen kontinuierlich. Die Pauschale, die der Freistaat den Trägern gewährt, ist jedoch seit zehn Jahren gleich geblieben. „Im Jahr 2000 hat die kommunale Ebene 581 Millionen Euro für die Kosten der Kindertagesbetreuung aufgewendet. Im Jahr 2011 waren es schon 1,16 Milliarden Euro. Wir haben es fast mit einer Verdoppelung der Kita-Kosten zu tun. Der Freistaat ist hier gefordert“, so Klepsch. Problematisch seien auch die steigenden Kosten für die Hilfen zur Erziehung, also für sozialpädagogische Familienhilfe, ambulante Einzelfallhilfe und stationäre Unterbringung. Zwischen 2000 und 2011 wuchsen sie trotz einer zurückgegangenen Anzahl junger Menschen um 16 Prozent auf 200 Millionen Euro. Planungssicherheit gebe es auch nicht in der Schulsozialarbeit. Auf ein Jahr befristete Verträge und prekäre Beschäftigung bei den pädagogischen Fachkräften hätten gravierende negative Auswirkungen, gab Klepsch zu bedenken. „Die von mir

genannten Punkte sind kein sozialpolitisches Gejammer der LINKEN oder Besitzstandswahrung von Sozialpädagogen. Der Landkreistag hat dieses Papier vorgelegt, und die Landkreise sind am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit“, so Klepsch. Die Finanzierung der Jugendhilfe müsse neu ausgerichtet, Kitas ausreichend ausgestattet werden. Schulsozialarbeit und präventive Angebote seien auszubauen.

Ihre Kollegin **Kathrin Kagelmann** verwies auf ihre Erfahrungen als Kreisrätin in ihrem Heimatkreis Görlitz. Auch sie zeigte sich überrascht von der Kritik der CDU-Landräte an der CDU-Regierung: „Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal fast Mitleid mit meinem CDU-Landrat haben würde, der seit Jahren um einen nicht zu konsolidierenden Haushalt kämpft und dann immer wieder landespolitische Nackenschläge erhält“. Ihr Landkreis habe 2012 durch die Kürzung der Jugendpauschale erheblich weniger Geld in die präventive Jugendhilfe stecken können. Dadurch seien 15 Projekte und acht Vollzeitstellen weggefallen, auch zahllose Kleinprojekte wie Jugendfreizeiten und Klubs seien gestorben. Es sei fatal, dass versucht werde, mit Lohndumping bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freien Träger gegenzusteuern. „Ich finde, Sie verhalten sich enorm egoistisch gegenüber Ihren Kommunen. Sie lassen Ihre Leute, die Kommunalpolitiker vor Ort, im Stich!“, rief sie den Koalitionsfraktionen zu. Es wird sich zeigen, ob die CDU-geführte Staatsregierung wenigstens Forderungen aus ihren eigenen Reihen ernst nimmt, wenn sie schon die Kritik der Opposition fortwährend ignoriert.



Barrierefrei wohnen bis ins hohe Alter

Die Ausgaben fürs Wohnen stellen in den allermeisten Geldbeuteln den größten Posten dar. Auch in Sachsen wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp, gerade in und bei Großstädten. Wenn Wohnungen dann auch noch barrierefrei sein sollen, weil ihre Bewohner etwa aus Altersgründen körperlich beeinträchtigt sind, tendiert das Angebot schnell gegen Null. Die Staatsregierung zeichnet wegen des Wegfalls von knapp 160.000-180.000 Haushalten in den kommenden zehn Jahren zwar das Bild eines entspannten Wohnungsmarktes. Dabei verschweigt sie aber, dass dieser Leerstand vor allem in kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum entstehen wird, nicht aber in den Großstädten. Gerade dort besteht aber ein hoher Bedarf.

Sachsens Haushalte werden älter und einkommensschwächer. Die nach 1990 gebrochenen Erwerbsbiografien führen zu geringeren Rentenansprüchen. Altersarmut bedroht Generationen von Geringverdienern, „Aufstockern“ und Vollverdienern mit Niedriglohn. Schon die durchschnittlichen Arbeitseinkommen in Sachsen liegen nach übereinstimmenden Zahlen des Statistischen Landesamtes und der Bundesagentur für Arbeit knapp 700 Euro unter denen im Westen. Wenn Wohnraum umgebaut wird, damit er barrierefrei und/oder altersgerecht wird, liegen die Nettokaltmieten inzwischen aber schnell über 8 Euro. Das können Mieterinnen und



Mieter, die von Hartz IV betroffen, wohngeldberechtigt oder auf Grundversicherung im Alter angewiesen sind, nicht bezahlen.

Wohnungen müssen umgebaut und modernisiert werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund notwendiger energetischer Sanierungen. Wie aber lässt sich das bewerkstelligen? Mit ihrem Antrag „Schaffung barrierefreien Wohnraums durch Um- und Neubau bedarfsgerecht fördern“ (*Landtags-Drucksache 5/13743*) hat die Fraktion DIE LINKE Antworten vorgeschlagen. Die Staatsregierung soll sich demnach beim Bund dafür einsetzen, dass ein Förderprogramm aufgelegt wird. Damit sollen Um- und Neubau von barrierefreiem und generationengerechtem Wohnraum unterstützt werden. Auch eigene Fördermaßnahmen sollen entwickelt

werden. Insgesamt solle sichergestellt werden, dass die Nettokaltmieten die Zahlungsfähigkeit insbesondere einkommensschwacher Menschen und Menschen mit Behinderungen nicht überfordern.

Enrico Stange, wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, sprach sich dagegen aus, Mieter und Wohnungsunternehmen mit den Kosten allein zu lassen: „Energetische Sanierungsstandards sind nicht Mietersache, sondern eine gesamtstaatliche Vorgabe. Auch die Schaffung von Wohnraum, der es ermöglicht, weite Phasen des Alters in den eigenen vier Wänden zu verbringen, ist nicht mieterseitig zu stemmen“. Die Wohnungsunternehmen könnten, da sie die Mieterinnen und Mieter nicht verlieren wollen, die Kosten von Sanierung und Moderni-

sierung nicht auf die Mieten umlegen. Mit zinsverbilligten Förderdarlehen seien diese Investitionen nicht möglich, die Rückzahlungszeiträume wären viel zu lang. Daher müsse der Staat Zuschüsse zahlen.

Die Staatsregierung schätzt, dass es in Sachsen 43.000 barrierefreie oder zumindest barrierearme Wohnungen gibt. **Horst Wehner, behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion**, verwies hingegen auf den tatsächlichen Bedarf: „Etwa 600.000 Menschen mit Beeinträchtigungen leben in Sachsen. Mindestens 350.000 bezeichnen wir als schwerbehindert. Von diesen Schwerbehinderten haben allein 250.000 eine körperliche Beeinträchtigung. Der Sozialverband VdK Sachsen hat darauf hingewiesen, dass im Freistaat ein Bedarf von fast 145.000 pflegeberechtigten und barrierefreien Wohnungen besteht“. Schwerbehinderung sei keine freiwillige Lebensentscheidung, so Wehner. Wenn Wohnungen altersgerecht umgestaltet werden, ließen sich auch in Medizin- und Pflegesystem Kosten sparen. Diese deckten einen Gutteil der Aufwendungen, die für den Umbau angefallen sind.

16 Wohnungswirtschaftsverbände, Wohnungsunternehmen und Betroffenenverbände unterstützen die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. Die Staatsregierung sollte nun handeln, damit die Mieten künftig auch für kleine Geldbeutel bezahlbar bleiben.

Sichere Hilfe bei häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt, also Gewalt in Familien und in Partnerschaften besonders im Wohnumfeld, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Fast 80 Prozent der Betroffenen sind Frauen, häufig auch mit Kindern. Die Ursachen sind vielfäl-

tig. Stärker wird dieses bisherige „Tabu-Thema“ in der Öffentlichkeit angesprochen. Das seit 2002 geltende Gewaltschutzgesetz hat sicher dazu beigetragen – aber das reicht nicht mehr aus. Besonders die personelle und finanzielle Situa-

tion der sächsischen Frauenschutzhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder macht es notwendig, diese Angebote zu sichern und auszubauen.

Um im März ein Frauenthema zu behandeln, aber nicht nur deshalb, setzte die Fraktion DIE LINKE das Thema häusliche Gewalt auf die Tagesordnung des Landtages. Wenige Tage zuvor hatte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) einen neuen Bericht vorgestellt, der Gewalt gegen Frauen mit weltweiter Perspektive darstellt. Der gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag „Hilfestructur für Opfer und Betroffene von häuslicher und Beziehungsgewalt in Sachsen verbessern und sicherstellen“ (*Landtags-Drucksache 5/13374*) zielt darauf, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen möge, für die Opfer häuslicher Gewalt einen Rechtsanspruch auf Hilfe durchzusetzen. Für Beratungs- und

Hilfeeinrichtungen sollen bundesweit einheitliche Standards gelten, insbesondere bei deren Finanzierung. Auch die Personalausstattung soll dem Bedarf angemessen sein. Da die sächsischen Kommunen ohnehin unter chronischem Geldmangel leiden, brauchen sie dabei allerdings Hilfe vom Land.

„Es ist an der Zeit, dass politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Maßnahmen gegen diese weitverbreitete Gewalt ergreifen. Hierbei müssen die Bedürfnisse und die Rechte der Gewaltopfer nicht nur auf dem Papier berücksichtigt, sondern auch in der Praxis umgesetzt werden“, forderte die **gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heiderose Gläß**, in ihrer Einbringungsrede. Die Koalitionsfraktionen stimmten dem Antrag jedoch nicht zu. Sie sehen offenbar keinen Handlungsbedarf, obwohl die Familie durchaus nicht für alle eine heile Welt darstellt.



Selbstlob und Kritik für Sachsens Kulturpolitik

Regierungserklärungen sind meist keine Höhepunkte des Parlamentsbetriebes, sondern eher Projektionsflächen des Selbstlobs der Mächtigen. Sie können sich aber zu interessanten Tagesordnungspunkten entwickeln. Die Fachregierungserklärung der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Sabine von Schorlemer, zum Thema „Mehr als ein Verfassungsauftrag – gemeinsam fördern und pflegen wir unsere Kunst und Kultur in Sachsen“ wurde mit Spannung erwartet. Verantwortlich dafür war die Diskussion um den geschassten Intendanten der Dresdner Semperoper, Serge Dorny. Allerdings sollte dieser Fall nicht darüber hinwegtäuschen, welche Probleme im sächsischen Kulturbereich bestehen. **Dr. Volker Külow, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, und Annetrin Klepsch, Sprecherin für Soziokultur,** wiesen auf den großen Handlungsbedarf hin. Zur kulturpolitischen Bilanz der letzten fünf Jahre stellte Volker Külow fest, dass der Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt stetig gesunken sei und noch rund zwei Prozent betrage. Ernst sei auch die Lage der Kulturräume, die inzwischen die Landesbühnen aus Eigenmitteln teilfinanzieren müssen. Das Orchester der Landesbühnen bleibe indes auf der Strecke; überhaupt warteten Sachsens Theater und Orchester noch immer auf Planungssicherheit, seien weiter strukturell unterfinanziert. „Ansonsten kennzeichnen gerade seit Ihrem Amtsantritt permanente Rückzugsgefechte

die freistaatliche Kulturpolitik. Der Freistaat versucht sich mehr und mehr aus seiner politischen Verantwortung zu stehlen“, kritisierte Külow. Das zeige sich auch bei Betriebs- bzw. Rechtsformwechseln bei bedeutenden Kultureinrichtungen wie dem Staatsbetrieb „Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten“ und der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB). Hinzu kämen Kürzungen an den Hochschulen. An der Universität Leipzig drohe die Abwicklung der Theaterwissenschaften und der sachsenweit einzigartigen Archäologie, obwohl bald in Chemnitz das Haus der Archäologie feierlich eröffnet werden soll. Annetrin Klepsch wies auf zwei weitere kulturpolitische Baustellen hin. So solle die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen zukünftig ver-

stärkt den internationalen kulturellen Dialog fördern. Allerdings sei ihr Projektat im Doppelhaushalt 2013/14 – erstmals nach zehn Jahren – um lediglich zehn Prozent erhöht worden. Dies fange beinahe den Inflationsausgleich auf, erlaube der Stiftung aber nicht die notwendige Entwicklung im Interesse der Kunstförderung. „Wie die Kulturstiftung in den nächsten Jahren in die Lage versetzt werden soll, innovative Projekte sowie freischaffende Künstlerinnen und Künstler in Sachsen verstärkt zu fördern, dazu gab es heute keine Aussagen“, bemängelte Klepsch. Auch die Themen Soziokultur und Literatur habe sie in der Regierungserklärung vermisst. Das Selbstlob der Staatsregierung steht auch in der Kulturpolitik ohne Grundlage da. Der Freistaat verdient neue Impulse.



Gestiegene Verantwortung: Justizwachtmeisterdienst aufwerten!

Der Fall Marwa El-Sherbini, die 2009 im Landgericht Dresden aus ausländischer Motive brutal ermordet wurde, zeigt: Sicherheit in sächsischen Gerichten ist nicht naturgegeben. Im Gerichtssaal sorgen Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister für die Sicherheit der Anwesenden. Obwohl diese Berufsgruppe zahlenmäßig klein ist, hat sich ihr Aufgabenspektrum in den vergangenen Jahren erweitert, die Verantwortung ist größer geworden. Waren früher vor allem Akten und Post zu befördern, so werden Justizwachtmeister heute zunehmend als „Sicherheitsfachkräfte“ im Bereich des Sicherheits-, Sitzungs- und Vorfürhdienstes eingesetzt. Sie müssen brisante Situationen eigenständig erkennen, situationsangemessen handeln und insgesamt auf alle Beteiligten deeskalierend wirken.

In ihrer Besoldung spiegelt sich diese Verantwortung allerdings nicht wieder. Bisher liegt der Verdienst im Justizwachtmeisterdienst weit unter dem im Polizei- und Strafvollzugsdienst. Nach wie vor werden die sächsischen Wachtmeister in der Besoldungstabelle niedriger eingestuft als etwa ihre Kollegen in Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Auch Beförderungen lassen im Freistaat länger auf sich warten als anderswo.

Hinzu kommt, dass an sächsischen Gerichten immer mehr private Sicherheitsunternehmen engagiert werden, um die Justizwachtmeister zu unterstützen. Rechtlich ist allerdings nicht klar geregelt, wie sie zusammenarbeiten sollen und wer im Zweifelsfall weisungsbefugt ist. Im Ernstfall muss das Zusammenspiel allerdings schnell und reibungslos funktionieren, sonst

stehen im schlimmsten Fall Menschenleben auf dem Spiel.

Die Fraktion DIE LINKE hat den **Antrag „Besoldung im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes bei Gerichten und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen verbessern“ (Landtags-Drucksache 5/12599)** eingebracht. Darin wird unter anderem gefordert, Besoldung und Aufstiegschancen der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister zu verbessern, indem sie in eine höhere Besoldungsgruppe eingruppiert werden. Zudem soll künftig darauf verzichtet werden, private Sicherheitsunternehmen heranzuziehen, wenn es darum geht, die hoheitlichen Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes zu erfüllen. Die Regierungsfaktionen lehnten die Vorschläge erwartungsgemäß ab.



Plenarspiegel März 2014

Am 12. und 13. März 2014 fanden die 92. und 93. Sitzung des 5. Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

– **„Hilfe für die Jugendhilfe! Verantwortung der Sächsischen Staatsregierung bei der Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen“**

Anträge:

– Fraktionen DIE LINKE und SPD: **„Hilfestruktur für Opfer und Betroffene von häuslicher und Beziehungsgewalt in Sachsen verbessern und sicherstellen“ (Drs 5/11374)**

– **„Schaffung barrierefreien Wohnraums durch Um- und Neubau bedarfsgerecht fördern“ (Drs 5/13743)**

Änderungsanträge:

» Drs 5/13990 und Drs 5/13991 zum Gesetzentwurf der Staatsregierung in Drs 5/9812 **„Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches“**

» Drs 5/13998 zum Gesetzentwurf der Staatsregierung in Drs 5/12953 **„Wiederaufbaubegleitgesetz“**

» Drs 5/14002 zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion in Drs 5/13124 **„Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen“**

Sammeldrucksache 5/13911:

In den Berichten der Ausschüsse waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

– „Pädagogische Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung in Sachsen zu „multiprofessionellen Teams“ entwickeln“ (Drs 5/12417)

– „Besoldung im Bereich des Justizwachtmeisterdienstes bei Gerichten und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen verbessern“ (Drs 5/12599)

– „Subsidiaritätsbedenken und ggf. Subsidiaritätsrüge nach Artikel 12b des EU-Vertrages zum Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte (COM(2014) 6 final)“ (Drs 5/13804)

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die regierungstragende Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Viel Interesse an sorbischer Mitbestimmung

Die Beispiele Krim und Kosovo zeigen: Der Welt bekäme es besser, wenn die Probleme von Minderheiten friedlich in bestehenden Staaten gelöst würden statt durch gewaltsame Grenzverschiebungen. Nun droht weder eine Abspaltung der Lausitz noch eine sorbische Mobilmachung gegen den deutschen Staat, aber es wäre auch für die hiesige Mehrheitsgesellschaft im Europa der offenen Grenzen ein Gewinn, wenn die slawische Sprache und Kultur des kleinen sorbischen Volkes künftig mehr Rücken als Gegenwind bekäme. Dass diese Frage nicht wenige Menschen bewegt, bewies das gut besuchte Forum zur Zukunft der politischen Mitbestimmung der Sorben, das die Landtags-Linksfraktion am Aschermittwoch im Bautzener sorbischen Gasthaus „Wjelbik“ durchführte. Die Resonanz war umso erfreulicher, als gerade am Aschermittwoch die Konkurrenz der politischen Termine groß ist und sich fast zeitgleich in Chemnitz Antifaschisten aus dem ganzen Land trafen, um einem Naziaufmarsch entgegenzutreten.

Unter den fast vierzig Teilnehmern befanden sich von Seiten der LINKEN neben dem sorbischen Landtagsabgeordneten Heiko Kosel auch Cornelia Falken und Marion



Junge sowie Marcel Braumann, neben seinem Job als Pressesprecher der Fraktion Vertreter der „Sorbischen Linken“ im Landesrat. Aus Brandenburg war der minderheitenpolitische Sprecher der dort regierungstragenden Linksfraktion im Landtag, Jürgen Maresch, gekommen, der auch stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Beirates der Stiftung für das sorbische Volk ist.

Der Vorsitzende der Domowina, Dawid Statnik, lobte DIE LINKE in Brandenburg für das neue Sor-

bengesetz. Der bisherige, nach Experten-Meinung stark defizitäre minderheitenpolitische Zustand im Nachbarland konnte somit trotz der Bremsklötze des Koalitionspartners SPD verbessert werden. „Das begrüßen wir“, so Heiko Kosel, „da wir für ein möglichst hohes und einheitliches, Landesgrenzen übergreifendes Niveau der Sorbenpolitik in beiden Bundesländern eintreten. Deshalb ist es auch richtig, interessante Neuregelungen in Brandenburg in einem intensiven Diskurs der sorbischen Gremien mit der Landespolitik auf

den sächsischen Prüfstand zu stellen.“ Und weiter: „Es gibt einen weit verbreiteten Wunsch, mit einem Verbandsklagerecht die sorbischen Interessen bei Eingriffen ins sorbische Siedlungsgebiet u. a. durch Braunkohle-Bergbau oder Kaolin-Abbau, besser wahren zu können. Es bestehen aber erhebliche Zweifel, ob die in Brandenburg gefundene Regelung praktikabel ist, wie der international anerkannte Minderheitenrechtsexperte Prof. Stefan Oeter befürchtet. Insofern sollten wir in Sachsen für ein Verbandsklagerecht ohne die Einschränkungen wie in Brandenburg kämpfen.“

Doch auch für ihre innerparteiliche sorbische Kandidatenauswahl bekam Sachsens LINKE eine interessante Anregung von Prof. Oeter und Thede Boysen, dem friesischen Büroleiter des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers: So sollten sich nach dem Vorbild US-amerikanischer Vorwahlen die sorbischen Kandidaten der Partei auf öffentlichen Veranstaltungen im sorbischen Siedlungsgebiet vorstellen und von allen Sorbinnen und Sorben, die das wollen, ausgewählt werden. Damit sei auch die in kleinen Gruppen bestehende Manipulationsgefahr ausgeschlossen – ein gutes Modell!

Kommunaltour: Zwischenbilanz

Noch ist es zu früh, um alle Ergebnisse meiner Frühjahrstour 2014 abschließend zu bilanzieren. Sie steht in diesem Jahr im Zeichen der Kommunen, des kommunalen Miteinanders. Doch aus den Begegnungen mit kommunalen Entscheidungsträgern und Gesprächen mit Politikbetroffenen lassen sich erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen ableiten.

Wer die richtigen Fragen stellt, erhält so manche überraschenden Antworten, und auf das Zuhören kommt es an. Das scheinen die Mächtigen verlernt zu haben. Denn nur wer aufmerksam zuhört, erkennt die Chancen zum richtigen Handeln. Als grundlegendes Problem wird allerorts die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen empfunden und beklagt. Aber nicht immer liegt es am (unbestritten) mangelnden Geld.

Ob im Gespräch mit Elvira Hellmich, Leiterin des AWO Gesundheitszentrum am Spiegelwald in Grünhain-Beierfeld, zur Entwicklung der Mutter/Vater-Kind-Klinik im Erzgebirge oder mit der Geschäftsleitung der Plauener Stadtwerke Strom zum Thema Grundversorgung und Stromabschaltungen oder mit dem Oberbürgermeister von Hohenstein-Ernstthal, Lars Kluge (CDU), zur regionalen Wirtschaftsentwick-

lung – eines wird ganz deutlich: Trotz hervorragender Strukturen und materieller Voraussetzungen, die in den letzten Jahren in vielen Bereichen zweifelsfrei geschaffen wurden, sind die Menschen, die sich für ihre Aufgaben engagieren, wichtiger als alles andere.

Andererseits wächst der Unmut über politischen Stillstand und erlebte Willkür, der sich im Streben nach mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung artikuliert. Und es sind gerade die Aktivsten und Engagiertesten, die sich zunehmend in ihrer Willens- und Handlungsfreiheit eingeengt und behindert sehen. Sie stoßen immer öfter an die Grenzen staatlicher Förder-, Bildungs-, Gesundheitspolitik.

Ist es die Arroganz der Macht oder die Ohnmacht der Bevölkerung, wenn es für eine 8-Jährige keine Ausnahmeregelung bei der Benutzung des Schulbusses gibt, weil ihr Zuhause 1960 m von Schule entfernt liegt, die Satzung zur Schülerbeförderung jedoch 2000 m Entfernung für die Nutzung vorschreibt? Ein anderes Beispiel: In Riesa wird engagierten Bürgerinnen und Bürgern, denen die Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Mitmenschen am Herzen liegt, mit fadenscheinigen Begründungen die Einrichtung eines Umweltmesspunktes verwei-

gert, obwohl mit der Offenlegung der Messergebnisse die jahrelangen Streitigkeiten über den Grad der Feinstaub- und Lärmbelastigung vom Tisch wären. Leider müssen wir immer öfter beobachten, dass der Mensch hinter Satzungen, Verwaltungsstrukturen und „übergeordneten Interessen“ zurücktreten muss. Dem gegenüber feiert die Staatsregierung sich und ihre Erfolge selbst mit Slogans wie „Alles für Sachsen!“, „Sachsen stärken!“, „Wir sind Sachsen“ u. a. Es geht aber zuvorderst nicht um das Land, die Region, die Heimat – das wäre zu kurz gesprungen. Es muss um die Menschen im Land, um die Akteure in der Region, um die Sächsischen und Sachsen, die hier ihre Heimat sehen, gehen. Es ist die den Menschen vergessende CDU-Politik der Leuchttürme, die dem widerspricht. Deshalb ist es auch verständlich, dass die Zahl derer wächst, die sich eine politische Veränderung, einen Politikwechsel wünschen. Das geht nur in gemeinsamer Verantwortung von Rot-Rot Grün. Das ist auf kommunaler Ebene tagtägliche Praxis. „Rot-Rot-Grün muss von unten wachsen“ – so eine Forderung, die in einem Bürgerforum in Döbeln erhoben wurde, das ich gemeinsam mit Hennig Homann aus der SPD-Landtagsfraktion bestritt.

Fazit: Das Verhältnis von Staat und Bürgerinnen und Bürgern muss auch in Sachsen neu ausgerichtet werden. Zu weit haben sich die Regierenden von den Menschen und deren tatsächlichen Problemen entfernt. Die Entdemokratisierung der Gesellschaft hat eine neue Stufe erreicht, die zum Streben nach mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung führt. Die verkrusteten Strukturen in der staatlichen Verwaltung und in der Staatspartei CDU behindern notwendige Innovationen. Es ist Zeit für den Politikwechsel.

Rico Gebhardt

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag